

LINKE Realpolitik?

von | Joachim Bischoff und Wolf von Matzenau



Linke Freuden in Wiesbaden nach der Landtagswahl, 27.1.2008 (Foto: dpa)

Vor dem Bundesparteitag im Mai nimmt die Programm- und Strategiediskussion in der Partei DIE LINKE Fahrt auf. Konsens ist: Die Partei hat mit den letzten Erfolgen bei den Landtagswahlen in den Altbundesländern die politische Landschaft nachhaltig verändert. Unstrittig auch die Gründe für den Erfolg: Die Partei hat mit der Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn die Verteilungsverhältnisse bei Einkommen und Vermögen zum zentralen Thema erhoben. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen das ungerechte Steuersystem, die Rente mit 67 und der unakzeptable Umgang mit den dauerhaft Arbeitslosen (Hartz IV). Es geht aber auch um die Beteiligung Deutschlands an völkerrechtswidrigen Kriegen, z.B. in Afghanistan. Ein Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Bürgerrechten und Demokratie, zu mehr Möglichkeiten der Emanzipation für alle Menschen im Lande ist aktueller geworden.

Die vor allem in Ostdeutschland einflussreiche Strömung »Forum Demokratischer Sozialismus« stellt fest: Der Kampf um gesellschaftliche Veränderungen ist wichtiger, als Programme auszuarbeiten. Gleichwohl erklären PolitikerInnen dieser Strömung ihre Unzufriedenheit: »Die LINKE ist aus unserer Sicht mehr als eine Protest-Partei. Ein großer Teil der Bevölkerung meint, dass wir wichtige Probleme der Menschen ansprechen, aber nur ein kleiner Teil meint, dass wir auch entsprechende Lösungsvorschläge hätten. Diese Diskrepanz gilt es schrittweise zu schließen. (...) Wir sollten die Debatte nicht so führen, dass diejenigen, die am lautesten fordern, am meisten bekommen. (...) Es geht darum, welchen Beitrag wir leisten können, um die Gesellschaft nachhaltig zu verändern und auf eine neue, entwicklungsfähige Basis zu stellen. Die Programmdebatte sollte dazu dienen, unsere Politikkonzeption zu verdeutlichen.« (Caren Lay/Inga Nitz/Stefan Lie-

bich: Freiheit und Sozialismus. Offene Fragen diskutieren – Erfahrungen einbringen)

Konkret haben Repräsentanten dieser Strömung Position gegen einen Antrag zum Bundesparteitag bezogen, in dem für ein umfangreiches Investitionsprogramm zum Ausbau der öffentlich-sozialen Infrastruktur eingetreten wird. Die Kritiker argumentieren, das wirtschaftliche Zukunftskonzept sei schlichtweg nicht finanzierbar. Es wäre »zutiefst unseriös und politisch zudem außerordentlich gefährlich (...), wenn die Linke zusätzlich neue Ausgaben beschließen würde, ohne dass sie diese hinreichend konzeptionell mit zusätzlichen Einnahmen untersetzen kann.«

Wir stellen klar: Es geht eben nicht nur um Finanzen. Zur Debatte steht vielmehr ein bestimmtes Verständnis von linker Realpolitik. Hinter der Debatte um Alternativen zur gängigen Spar- und Konsolidierungspolitik wird die Grundausrichtung der Politik der LINKEN hinterfragt. So stellt der Ex-Wahlkampfleiter der PDS, Andre Brie, fest: »Es spricht zur Zeit wenig dafür, dass ein Mitte-Links-Bündnis, eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene eingeschlossen, bereits 2009 Realität wird, aber sie ist auch nicht mehr auszuschießen. Ich meine damit keine andere Gesellschaft, aber ich meine schon ein bisschen mehr als die vier Mindestforderungen von Oskar Lafontaine: Mindestlöhne, Rente mit 67, Hartz IV und Abzug aus Afghanistan. (...) Es muss schon etwas mehr sein, das heißt, eine Reform von Hartz IV ist wirklich inhaltlich zu diskutieren. Ich weiß auch, dass in der SPD viele eine Inflationsanpassung bei den Regelsätzen wollen, nur wäre das für mich keine Veränderung von Hartz IV. Es muss schon in Richtung eines Grundeinkommens der Menschen gehen, das ihnen Unabhängigkeit gibt. (...) Ob die SPD insgesamt soweit ist, eine solche Zäsur mitzumachen, weiß ich nicht.«

Im Zentrum der Strategiekonzeption des Forum DS steht die Forderung nach Überschreitung des Horizontes einer Protestpartei und der Etablierung eines zukunftsorientierten Projektes. Die PolitikerInnen vom Forum DS wollen einen grundlegenden politischen Wandel in Deutschland und plädieren deshalb

dafür, dass sich die Linke um ein Bündnis aus Grünen, SPD und DIE LINKE bemüht und über die damit verbundenen Inhalte und eine Koalitionsoption diskutiert. Brie tritt dafür ein, »dass die Linke bereits für die Bundestagswahl 2009 ihre Voraussetzungen für eine rot-rot-grüne Koalition schafft«.

Praktisch heißt Überwindung der »Kultur einer Protestpartei«: Die Linke müsse eine finanzierbare Alternative aufzeigen. Sie dürfe sich zudem nicht darauf beschränken, einen Abzug des Militärs aus Kriegseinsätzen zu fordern. Denn der Abzug löse kein einziges Problem. Man müsse sich beispielsweise zur internationalen Verantwortung für Afghanistan bekennen. Brie: »Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt.«

Auch wir treten für eine realpolitisch fundierte Alternative ein. Augenblicklich bündelt die Partei DIE LINKE ihre Forderungen in vier Punkten: gesetzlicher Mindestlohn, Abschaffung von Hartz IV, armutsfeste Altersrenten und keine Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen. Die Verwirklichung dieses Sofortprogramms bedeutet einen ersten Eingriff in die Verhältnisse, läuft auf den Übergang in eine BürgerInnenversicherung im Bereich von sozialer Sicherheit hinaus und stellt die Einbindung in den NATO-Militärpakt und das neoliberale EU-Konzept massiv in Frage. Der Kampf für die Verwirklichung dieses Sofortprogramms, für einen radikalen Politikwechsel läuft auf einen Bruch mit der neoliberalen Gesellschafts- und Zukunftskonzeption hinaus.

Die erste wichtige Differenz: Offenkundig ist den VertreterInnen des Forum DS – aber auch Teilen der antikapitalistischen Strömungen – nicht klar, dass mit den Forderungen des Sofortprogramms ein weitreichendes Programm der ökonomisch-sozialen Veränderung verbunden ist. Die Durchsetzung existenzsichernder Löhne und die Etablierung neuer Formen sozialer Sicherheit (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und Alter) sind in den Strukturen des Finanzmarktkapitalismus nicht zu haben.

Die zweite wichtige Differenz bezieht sich auf die Einschätzung von Sozial-

demokratie und Grünen als potenziellen Akteuren einer tiefgreifenden Gesellschaftsreform. Davon kann bei beiden Parteien keine Rede sein. DIE LINKE müsste dafür völkerrechtswidrige Militärinterventionen, Formen »intelligenter Privatisierung« und die bisherigen Verhältnisse als mehr oder minder sakrosankt akzeptieren.

Das Sofortprogramm der LINKEN zielt auf die Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses, mit dem ein grundlegender Reformprozess eingeleitet wird, weitergehende gesellschaftspolitische Alternativen entwickelt werden und damit die Systemfrage aktiv und offen gestellt wird. Dies ist der realistische Weg, Lohnabhängige durch ein nachhaltiges konkretes Engagement für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu überzeugen.

Der regulierte Kapitalismus der ersten Nachkriegsjahrzehnte, der verbunden war mit dem Ausbau eines Systems sozialer Sicherheit (bei dem freilich stets große Bevölkerungsgruppen ausgeklammert blieben), basierte auf einer relativ geringen Spreizung in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Einige Sozialwissenschaftler sprechen vom »Rheinischen Kapitalismus« mit einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Unter diesen Bedingungen fand eine beschleunigte Kapitalakkumulation statt, obwohl durch hohe Einkommensbesteuerung und hohe Steuersätze auf Unternehmertätigkeit und Vermögen ein großes Maß an allgemeiner Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und sozialer Sicherheit erreicht wurde.

Diese Gesellschaftsstruktur war nicht das Produkt einer Marktentwicklung, sondern basierte auf den in politische Strukturen umgesetzten Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, dem Einfluss der Gewerkschaften und der Akzeptanz von regulierten Machtverhältnissen. Erst in den letzten Jahrzehnten wurde mit Deregulierungen, Privatisierungen und Steuersenkungen für höhere Einkommen, Unternehmen und Vermögen eine Entfesselung des Kapitalismus durchgesetzt. Aktuell wird die Krise des Systems so deutlich wie noch nie. Erstmals ist von einer länger anhaltenden Krise des Weltwirtschaftssystems auszugehen, in der sich die Ab-

wärtsspirale weiter drehen wird. Dies zwingt uns zu angepassten Reaktionsgeschwindigkeiten, verbunden mit kurz- und mittelfristigen Forderungen, die Bestand haben.

Linke Realpolitik zielt auf einen Politikwechsel ohne falsche Vorbehalte. Weil über Jahre wegen geringer Steuereinnahmen Schmalhans Küchenmeister war, schieben die Kommunen derzeit nach einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik einen Investitionsstau von rund 70 Mrd. Euro vor sich her. Das sind rund 10% der gigantischen Summe von 703 Mrd. Euro, die die Gemeinden bis 2020 brauchen werden, um marode Straßen und öffentliche Bauten zu sanieren und die öffentliche Infrastruktur an den sich wandelnden Bedarf anzupassen. Ein Investitionsprogramm für den öffentlichen Sektor ist eine realpolitische Orientierung und dürfte mit 70 Mrd. Euro eher unterdimensioniert sein. Nimmt man die Gefahr hinzu, dass es demnächst infolge des Rückschlags der Krise auf den internationalen Finanzmärkten auf die Realökonomie zu einer deutlichen Abschwächung der Realwirtschaft kommt, wird die Notwendigkeit eines größeren Zukunftsinvestitionsprogramms überdeutlich. Und selbstverständlich zielt die Gegenfinanzierung auf eine deutliche Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen, Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Dies sind erste Schritte, eingebunden in eine gesellschaftspolitische Gesamtkonzeption. Aus unserer Sicht ist es nur so möglich sein, die LINKE auf die Erfordernisse einer gerechten Gesellschaft zu orientieren. Dies gibt uns auch das Fundament für strategische Überlegungen hinsichtlich des machtpolitischen Gestaltungspotenzials. So ist die »Schrittfolge«, das sind die Handlungsoptionen. Eine solche Politik ist mit den Grünen und der real existierenden Sozialdemokratie schwer umsetzbar. Wer dafür plädiert, die Politik der LINKEN an der potenziellen Regierungsfähigkeit mit Sozialdemokratie und Grünen auszurichten, der verfolgt eher eine Machtperspektive, bei der die sozialen Inhalte auf der Strecke zu bleiben drohen.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus, Wolf von Matzenau ist Gründungsmitglied der WASG in Hamburg.